

Landkreis: Rems-Murr-Kreis
Gemeinde: Urbach
Gemarkung: Oberurbach

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 221 „Im Kleinen Espach - Änderung Hohenackerstraße 6“

Begründung

Ziel, Zweck und wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes

1. Lage des räumlichen Geltungsbereiches

Das Plangebiet liegt am östlichen Rand des Ortskerns von Urbach und befindet sich im rückwärtigen Bereich der Hohenackerstraße, in direkter Nachbarschaft des evangelischen Kindergartens. Es grenzt im Osten an den Pestalozziweg und im Westen an den Urbach und umfasst das Flurstück Nr. 189/1, Gemarkung Oberurbach, sowie eine Teilfläche des Pestalozziwegs, die als Zufahrt zum künftigen Grundstück Hohenackerstraße 6 dient.

2. Erfordernis der Planaufstellung

Gemäß § 1 (3) und § 2 (1) BauGB sind die Bauleitpläne von den Gemeinden in eigener Verantwortung aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist.

Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Bebauung mit einem Wohnhaus zu schaffen, ist die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich.

Als Maßnahme der Innenentwicklung, bei der eine innerörtliche Brachfläche einer Bebauung zugeführt werden soll, dient die angestrebte Nachverdichtung der Reduzierung des Flächenverbrauchs im Außenbereich.

3. Planerische Vorgaben

Auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung (gemeinsamer Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbands Plüderhausen - Urbach) ist das Gebiet als gemischte Baufläche dargestellt. Der Bebauungsplan ist demnach aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung ist das Gebiet bisher vom einfachen Bebauungsplan Nr. 061 „Im Kleinen Espach“ überplant.

4. Städtebauliche Zielsetzung und Planung

Im Rahmen einer Innenentwicklungsmaßnahme sollen im Plangebiet die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau eines Wohnhauses geschaffen werden.

Um eine Eingliederung in den städtebaulichen Zusammenhang zu gewährleisten wird das Plangebiet als Mischgebiet festgesetzt. Zur Vermeidung von Nutzungskonflikten mit der umgebenden Bebauung, sind Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten nicht zulässig.

Das zulässige Maß der baulichen Nutzung wird über die Festlegung der Grundflächenzahl (GRZ) und der Höhe baulicher Anlagen bestimmt, wobei die Gebäudehöhe über die Trauf- (TH) und die Firsthöhe (FH) definiert wird. Im Zusammenspiel mit der als Bezugshöhe festgelegten Höhenlage baulicher Anlagen (Erdgeschossfußbodenhöhe, EFH) ist die Höhenentwicklung auf diese Weise eindeutig und nachvollziehbar definiert.

Die zulässige Gebäudehöhe zwischen EFH und TH wird derart beschränkt, dass sich, in Verbindung mit einer sich am bestehenden Gelände orientierenden Erdgeschossfußbodenhöhe, Gebäude mit 1 - 2 (baurechtlichen) Vollgeschossen ergeben.

Um das Ziel der Planung abzusichern, wird die Gebäudelänge der Hauptgebäude auf maximal 13 m begrenzt, und die Wohnungszahl auf maximal zwei Wohnungen je Gebäude beschränkt.

Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch Baugrenzen bestimmt. Für die Zulassung von Überschreitungen durch untergeordnete Bauteile wird ein Ausnahmetatbestand aufgenommen.

Aufgrund gestalterischer Belange, insbesondere des Ortsbilds, enthalten die örtlichen Bauvorschriften Regelungen zur Farbgebung der Dächer und Fassaden. Zulässig sind die Dachfarben naturrot bis braun oder anthrazitfarben.

In letzter Zeit entstehen mehr und mehr geschlossene tote Einfriedungen entlang den Grundstücksgrenzen, was insbesondere entlang den öffentlichen Verkehrsflächen städtebaulich nachteilig wirkt. Um dem Wunsch nach Abschottung einerseits und nach einer gewissen Durchgrünung und Auflockerung andererseits Rechnung zu tragen, werden tote Einfriedungen entlang öffentlichen Straßen und Wegen nur bis zur Höhe von 1,20 m zugelassen und entlang allen Grundstücksgrenzen muss der Anteil an lebenden Einfriedungen mindestens 1/3 je Grenze betragen, wobei nicht mehr als 4 m tote Einfriedung am Stück zulässig sind. So ergibt sich eine Auflockerung, wenn sich sichtschützende Elemente mit Hecken- oder Sträucherpflanzung abwechseln. Die Festsetzungen zur wasserdurchlässigen Anlage von Stellplätzen und Zufahrten ergänzen die Bemühungen nach Vermeidung einer übermäßigen Versiegelung.

Die Unterbringung des ruhenden Verkehrs soll in erster Linie auf den privaten Grundstücken erfolgen, hierzu dient die Erhöhung der Zahl der Stellplätze im Bebauungsplangebiet. Dies ist geboten und sachgerecht, weil dies nach Abwägung der Belange der einzelnen Bauherren und der Allgemeinheit, unter Berücksichtigung städtebaulicher Gründe und Gründen des Verkehrs, erforderlich ist.

5. Erschließung

Die Erschließung des Plangebiets erfolgt über die bestehende Erschließungsanlagen. Die Ver- und Entsorgung des Plangebiets wird durch den Anschluss an die vorhandenen Infrastrukturanlagen gesichert.

6. Überschwemmungsgebiet/Altlastenverdacht

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans befinden sich keine Altlastenverdachtsflächen. Die Hochwassergefahrenkarte für das Einzugsgebiet Rems weist für den Geltungsbereich ein Gebiet aus, das bei einem extremen Hochwasserereignis (HQ_{extrem}) überschwemmt wird. Auf die Belange der Hochwasservorsorge wird hingewiesen.

7. Planstatistik

Die Fläche des Plangebiets beträgt ca. 5,3 Ar.

8. Auswirkungen der Planung/ Beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB

Das Bebauungsplanverfahren wird als Verfahren nach §13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) durchgeführt, da es sich bei der Bebauung einer innerörtlichen Brachfläche um eine Maßnahme der Innenentwicklung handelt. Die Anforderungen hinsichtlich der maximalen Grundfläche nach §13a (1) BauGB sind erfüllt. Anhaltspunkte für die Beeinträchtigung von FFH- und Vogelschutzgebieten bestehen nicht. Die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Umweltprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht bedürfen, wird nicht begründet. Eine E/A-Bilanz und ein naturschutzrechtlicher Ausgleich sind nicht notwendig, weil Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, als im Sinne des § 13a (2) Nr. 4 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt sind oder als zulässig gelten.

Durch die Änderung des Bebauungsplans sind die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Bundesnaturschutzgesetzes nicht berührt.

gefertigt:

Plüderhausen, den 26.07.2016/18.10.2016
Ingenieurbüro Käser

anerkannt:

Gemeinde Urbach

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

Hetzinger, Bürgermeister

Landkreis: Rems-Murr-Kreis
 Gemeinde: Urbach
 Gemarkung: Oberurbach

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Im Kleinen Espach – Änderung Hohenackerstraße 6“

Eingegangene Anregungen anlässlich der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
1. Evangelische Kirchengemeinde Urbach vom 24.08.2016	<p>Der Verwaltungsausschuss der Ev. Kirchengemeinde Urbach legt gegen das Bauvorhaben Nr. 2016/036/ 4 Widerspruch ein. Unser Widerspruch und unsere Bedenken sind darin begründet, dass der Fußweg zu unserem Kindergarten, über den ein Großteil der Kinder und Eltern Zugang zu unserem Kindergarten hat, in dem Bauvorhaben nun als PKW - Zufahrt zum Grundstück 189/1 und zur Garage gedacht ist. Der Weg ist bisher zurecht durch eine Absperrung gesichert. Es soll z. B. dadurch auch vermieden werden, dass Eltern, die ihre Kinder mit dem PKW zum Kindergarten bringen, in diese Einfahrt einfahren. Wenn dieser Zugang Pestalozziweg geöffnet wird, besteht eine massive Gefährdung der Kinder und aller Fußgänger, auch wenn er nur von den Bewohnern des geplanten Wohnhauses als Zufahrt genutzt wird. Der Weg ist so schmal, dass Fahrweg und Fußgängerweg nicht getrennt werden können. Ein abgetrennter und gesicherter Fußweg lässt sich vermutlich auch nicht anlegen.</p> <p>Leider machen wir die Erfahrung, dass im südlichen Teil des Pestalozziweges wenig Rücksicht auf Kinder und Fußgänger genommen wird. Hier hat es sich gezeigt, ist der Weg erst einmal offen, wird von allen, Eltern wie Anliegern, mit unangemessener Geschwindigkeit gefahren. Wir befürchten, dass nun auch im nördlichen Zugang zum Kindergarten eine ähnliche Situation entsteht.</p> <p>Es bleibt auch die Frage offen, wie in einer Zone, die ausdrücklich als Bauverbotszone gekennzeichnet ist, ein Neubau geplant werden kann.</p>	<p>Der nördliche Teil des Pestalozziwegs soll als Geh- und Radweg, mit einer Sondererlaubnis für die Bewohner des zukünftigen Wohnhauses beschildert werden. Die Absperrung, die derzeit an der Hohenackerstraße ein Einfahren in den Pestalozziweg verhindert, soll an den abknickenden Teil des Pestalozziwegs verlegt werden. Dadurch soll die Durchfahrt verhindert und das Wenden im Pestalozziweg unattraktiv gemacht werden.</p> <p>Um den Flächenverbrauch im Außenbereich einzudämmen werden als Maßnahmen der Innenentwicklung Baulücken, Brachen und Freiflächen einer baulichen Entwicklung zugeführt..</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
	<p>Die Ev. Kirchengemeinde besteht auf einer Klärung der Frage, wie die Sicherheit der Kinder und Fußgänger gewährleistet werden kann, wenn der Pestalozziweg zur Zufahrt zu dem geplanten Gebäude werden soll. Ohne ausreichende Sicherheitsvorkehrungen (Abschränkung, Trennung Fußweg/Fahrweg oder dergl.) werden wir in Rücksicht auf die Sicherheit der Kinder dem Bauvorhaben nicht zustimmen können. Wir wären froh über einen Ortstermin, um die Planungen mit der Bauverwaltung nochmals durchsprechen und möglicherweise die Sicherheitsfragen klären zu können.</p> <p>Die Stellungnahmen des Gemeinderates zu unseren Bedenken die geplante Zufahrt betreffend in der Sitzung am 26.07.2016, wie sie in der Presse Veröffentlicht wurden, sind für uns nicht nachvollziehbar. Die Gefährdung der Kinder wurde in keiner der Stellungnahmen angesprochen, was wir sehr bedauern.</p>	Ein Ortstermin mit dem Technischen Ausschuss und Vertretern der Kirchengemeinde hat zwischenzeitlich stattgefunden.
2. Regierungspräsidium Stuttgart vom 30.08.2016	<p>Unter raumordnerischen Gesichtspunkten bestehen keine Bedenken gegen die Planung.</p> <p>Wir bitten jedoch Ihrer Planung zukünftig stets einen Übersichtsplan beizufügen, um eine genaue Zuordnung des Plangebiets zu ermöglichen.</p> <p>Anmerkung:</p> <p>Abteilung 8 - Landesamt für Denkmalpflege - meldet Fehlanzeige.</p> <p>Hinweis:</p> <p>Wir bitten künftig - soweit nicht bereits geschehen - um Beachtung des Erlasses zur Koordination in Bauleitplanverfahren vom 03.11.2015 mit jeweils aktuellem Formblatt (abrufbar unter https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Bauen/Bauleitplanung/Seiten/default.aspx).</p> <p>Zur Aufnahme in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs. 3 LplG gebeten, dem Regierungspräsidium nach Inkrafttreten des Planes eine Mehrfertigung davon - zusätzlich in digitalisierter Form - im Originalmaßstab zugehen zu lassen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
3. Landratsamt Rems-Murr-Kreis vom 05.09.2016	<p>Am Verfahren wurden die Ämter</p> <p>Baurecht Amt für Umweltschutz Straßenbauamt</p> <p>beteiligt.</p>	

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
	<p>Aufgrund der Fachbehördenbeteiligung liegen der Geschäftsstelle für Genehmigungs- und Planverfahren folgende Informationen vor:</p> <p>1. <u>Baurechtsamt</u></p> <p>Gemäß § 6 Baunutzungsverordnung dient ein Mischgebiet dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Durch die vereinzelte Planung eines Wohnhauses ist eine Durchmischung von Wohnen und Gewerbe nicht ersichtlich. Es ist zu überlegen, das Gebiet als Allgemeines Wohngebiet auszuweisen.</p> <p>2. <u>Amt für Umweltschutz</u></p> <p>Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Immissionsschutz</p> <p>Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Grundwasserschutz</p> <p>Das Plangebiet liegt unmittelbar neben dem Urbach.</p> <p>Es ist davon auszugehen, dass der Grundwasserstand mit dem Wasserstand im Urbach korrespondiert.</p> <p>Es ist ferner davon auszugehen, dass das Bauvorhaben in ständig oder zeitweise grundwasserführende Bereiche eingreift.</p> <p>Das Untergeschoss und das Gesamtgebäude sollten deshalb entsprechend dem höchsten Wasserstand bemessen werden.</p> <p>Bei der Bebauung ist das Merkblatt „Bauen im Grundwasser“ zu beachten.</p> <p>Eine evtl. Grundwasserhaltung ist rechtzeitig vor Baubeginn, empfohlen mindestens drei Monate vorher, zu beantragen.</p> <p>Empfehlung:</p> <p>Es sollte vor der Bauplanung eine Baugrunderkundung durchgeführt werden. Die Baugrunderkundung ist vorher dem Landratsamt Rems-Murr-Kreis anzuzeigen.</p>	<p>Betrachtet wird nicht das Einzelvorhaben als isolierte Planung, sondern der städtebauliche Zusammenhang in dem das Wohnhaus geplant wird. Die, das Plangebiet, umgebende Nutzung wird als mischgebietstypisch eingestuft. wird aufgrund ihrer Nutzung als Mischgebiet eingestuft. Um ein harmonisches und städtebaulich verträgliches Einfügen in die Umgebung zu gewährleisten, wird im Plangebiet ein Mischgebiet festgesetzt. Dies entspricht im Übrigen auch der Darstellung im Flächennutzungsplan.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Ein Hinweis auf das Merkblatt wird in den Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme. Ein Hinweis auf Baugrunduntersuchungen wird in den Bebauungsplan aufgenommen.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
	<p>Hinweis zur Aufstellung des Bebauungsplanes:</p> <p>Die Festlegung der EFH sollte so erfolgen, dass das Vorhaben nicht tiefer als die benachbarten Baukörper in den Untergrund oder das Grundwasser eindringt. Sollte das Bauvorhaben z.B. tiefer als der tiefste Grundwasserstand erfolgen, sind Auswirkungen auf Dritte nicht auszuschließen. Dies ist im wasserrechtlichen Verfahren zu berücksichtigen.</p> <p>(Ansprechpartner zum Grundwasserschutz: Herr Krumwieg, Tel. 07151 - 501 2763)</p> <p>Bodenschutz</p> <p>Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Auf das Merkblatt „Bodenschutz bei Baumaßnahmen“ wird bereits verwiesen. Die Inhalte dieses Merkblattes sind zu beachten.</p> <p>Altlasten und Schadensfälle</p> <p>Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Im Planbereich sind keine Altlasten, altlastverdächtige Flächen oder schädliche Bodenveränderungen bekannt.</p> <p>Kommunale Abwasserbeseitigung</p> <p>Bei der Ausführung ist die Vorgabe des § 55 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zu beachten, wonach Niederschlagswasser ortsnah über die belebte Bodenzone breitflächig versickert, verrieselt oder in ein oberirdisches Gewässer eingeleitet werden soll, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.</p> <p>Der Niederschlagsabfluss aus dem Gebiet sollte nicht höher sein, als natürlicher Weise abfließen würde. Gegebenenfalls sind Retentions- und Drosselmaßnahmen durchzuführen. Die Entwässerungsplanung ist frühzeitig mit dem Amt für Umweltschutz abzustimmen, ebenso wie das Konzept der Abwasserbeseitigung.</p> <p>Bei Versickerungsmulden sollte auf die Funktionsfähigkeit nach Abschluss der Baumaßnahmen geachtet werden, Im Zweifelsfalle sollen sie geräumt und gesäubert werden.</p>	<p>Die festgesetzte Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) liegt über den gemessenen Fertigfußbodenhöhen (FFB) der umgebenden Bebauung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme der Rechtslage.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Entwässerungsplanung und die Abwasserbeseitigung werden frühzeitig mit dem Amt für Umweltschutz abgestimmt.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
	<p>Bei Einleitung von Regenwasser in den Urbach ist die Einleitungsstelle im Einvernehmen mit der Gemeinde auszuführen und gegen Erosion zu sichern. Das Rohr darf nicht in den Abflussquerschnitt hineinreichen, sondern muss böschungsgleich abgeschnitten werden.</p> <p>Die PKW-Stellplätze sind wasserdurchlässig zu gestalten und Flachdächer sollten extensiv begrünt werden.</p> <p>Gewässerbewirtschaftung</p> <p>Die Bedenken werden zurückgestellt (auf das Schreiben vom 17.03.2016 an die Gemeinde Urbach wird verwiesen).</p> <p>Hochwasserschutz und Wasserbau</p> <p>Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Der Planbereich wird nach den Hochwassergefahrenkarten (HWGK) des Landes Baden-Württemberg bei einem extremen Hochwasserereignis (HQextrem) des Urbachs überschwemmt. Daher wird empfohlen, die Belange des Hochwasserschutzes und der Hochwasservorsorge zu beachten.</p> <p>3. <u>Straßenbauamt</u></p> <p>Nach unserem Kenntnistand soll ein Einzelhaus gebaut und der Pestalozziweg (Privatweg) als öffentlicher Verkehrsfläche ausgewiesen und gewidmet werden. Eine Erschließung des Gebäudes kann somit gegebenenfalls über den Pestalozziweg geplant sein. Mit Blick auf den Kindergarten (Pestalozziweg 2 und 4) kann es somit zu Behinderungen und Verkehrsgefährdungen kommen, die im Bebauungsplanverfahren berücksichtigt und näher betrachtet werden sollten. Auch entsteht eine direkte Verbindung zwischen der Hohenacker- und Rechbergstraße, die zu einem veränderten Verkehrsaufkommen führen könnte. Dies ist ebenfalls zu berücksichtigen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Der Bebauungsplan enthält entsprechende Festsetzungen.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Ein Hinweis auf die Lage im HQextrem-Bereich ist im Bebauungsplan enthalten.</p> <p>Der nördliche Teil des Pestalozziwegs soll als Geh- und Radweg, mit einer Sondererlaubnis für die Bewohner des zukünftigen Wohnhauses beschildert werden. Die Absperrung, die derzeit an der Hohenackerstraße ein Einfahren in den Pestalozziweg verhindert, soll an den abknickenden Teil des Pestalozziwegs verlegt werden. Dadurch soll die Durchfahrt verhindert und das Wenden im Pestalozziweg unattraktiv gemacht werden.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
	<p>4. <u>Ergänzung durch die Geschäftsstelle für Genehmigungs- und Planverfahren</u></p> <p>Eine Aufnahme des nördlichen Teils des Pestalozziwegs in den Geltungsbereich des Bebauungsplans würde mehr Transparenz schaffen. Durch die Abgrenzung und Widmung zur öffentlichen Verkehrsfläche müsste die Erschließung des Baugrundstücks Flst. 189/1 nicht über Baulasten gesichert werden. Der Rest des Pestalozziweges würde seinen bisherigen Status behalten. Durch eine Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans werden die Grundzüge der Planung berührt und es wird eine erneute Auslegung nach § 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch erforderlich.</p>	<p>Die Anregung wird aufgenommen. Der nördliche Teil des Pestalozziwegs wird in den Geltungsbereich des Bebauungsplans aufgenommen.</p>

Gefertigt:
Plüderhausen, den 27.09.2016
Käser Ingenieure
Öffentliche bestellter Vermessungsingenieur

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
1. Verband Region Stuttgart Vom 02.11.2016	Unsere Stellungnahme vom 08.08.2016 gilt weiterhin. Der Planung stehen regionalplanerische Ziele nicht entgegen.	Kennntnisnahme.
2. Regierungspräsidium Stuttgart	<p>Raumordnung: Aus raumordnerischer Sicht bestehen keine Bedenken gegen den Bebauungsplan.</p> <p>Denkmalpflege: Die Abteilung 8 –Denkmalpflege– meldet Fehlanzeige.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
3. Landratsamt Rems-Murr-Kreis vom 21.11.2016	<p>Am Verfahren wurden die Ämter Baurechtsamt, Amt für Umweltschutz und Straßenbauamt beteiligt.</p> <p>Aufgrund der Fachbehördenbeteiligung liegen der Geschäftsstelle für Genehmigungs- und Planverfahren folgende Informationen vor:</p> <p>1. Baurechtsamt</p> <p>Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>2. Amt für Umweltschutz</p> <p>Naturschutz und Landschaftspflege:</p> <p>Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Immissionsschutz: Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Grundwasserschutz: Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Die Stellungnahme der Gemeinde wird zur Kenntnis genommen und entspricht unseren Hinweisen.</p> <p>Bodenschutz: Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Altlasten und Schadensfälle: Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Kommunale Abwasserbeseitigung: Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Gewässerbewirtschaftung: Es bestehen keine Bedenken.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

